



www.biasyl-regensburg.de

Email: bi.asyl@yahoo.com

Postadresse

c/o Gotthold Streitberger, In der Pfeifing 28

93138 Lappersdorf

An DGB Regensburg

Richard – Wagner – Str. 2

93055 Regensburg

28.03.2017

BI Asyl Infotisch bei 1. Mai Kundgebung und Maifest

Offener Brief

Keine Polizei als Redner bei 1. Mai Kundgebung

Lieber Kollege Christian Dietl,
Liebe Kolleginnen und Kollegen vom DGB Regensburg,

wie wohl schon seit über 15 Jahren möchten wir auch dieses Jahr wieder bei der 1. Mai Kundgebung mit anschließendem 1. Maifest mit einem Infotisch (=Tapeziertisch) mit Infomaterialien zur Asylsituation von Pro Asyl, Bayerischer Flüchtlingsrat, BI Asyl und anderen dabei sein. Hiermit melden wir dies an.

Anscheinend ist dieses Jahr geplant, dass der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Bayern als Hauptredner sprechen soll. Das wäre unserer Meinung nach fatal und sehr zu kritisieren. Leider ist die 1. Mai Kundgebung mit anschließendem 1. Maifest in den letzten Jahren immer inhaltsleerer geworden. Wenn nun ein Vertreter der Polizei als Hauptredner sprechen würde, wäre dies ein negativer Höhepunkt dieser Entwicklung. Wir hoffen sehr, dass ein*e andere*r Redner*in auftritt, und dass Ihr Euch dafür einsetzt.

Natürlich gibt es auch in der Polizei Kollegen*innen. Natürlich gibt es auch freundliche und hilfsbereite Polizisten*innen. Auch wir erleben das immer wieder. Das bundesweit bekannte Gripstheater aus Berlin charakterisiert dies in dem Stück „Hiergeblieben“, mit dem sie vor einigen Jahren auch in Regensburg im Antoniushaus gastiert haben dadurch, dass der eine freundliche und hilfsbereite Polizist in der Uniform „Pilozei“ auftritt. (In dem Theaterstück geht darum, wie eine Schulkasse die geplante Abschiebung einer ihrer Mitschülerin verhindert)

Die Aufgaben der Polizei bei der Regulierung des Straßenverkehrs oder bei der Aufklärung von Diebstahl, Mord und anderen Verbrechen sind wichtig und schätzen wir. Solche Straftaten, verurteilen wir aufs schärfste.

Aber, wenn es allgemein um „Straftaten“ geht, muss man genau hinsehen. Was als Straftat bezeichnet wird, und was nicht, wird von den Herrschenden definiert, und die sind in den seltensten Fällen wirklich auf der Seite der Hilfe- und Schutzsuchenden. Das wird nicht nur im Asylrecht deutlich, sondern zeigt sich auch an vielen anderen Stellen, wie beispielsweise an Arbeitnehmer*innenrechte, Verbraucher*innenschutz, Versammlungsrecht usw.... B. Brecht fragt „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“

Grundsätzlich ist eine zentrale Aufgabe und Funktion der Polizei die Durchsetzung staatlicher, struktureller Gewalt, z.B.

- Abschiebung von Flüchtlingen: Bei der Durchsetzung dieser strukturellen Gewalt wendet die Polizei häufig körperliche Gewalt an. Wir kennen die brutale Praxis exemplarisch aus Berichten uns persönlich gut bekannter Flüchtlinge.
Am 24.05.2014 ist beispielsweise eine 28-jähriger Asylsuchender im Kampf gegen die geplante Abschiebung in der JVA Landshut ums Leben gekommen. Dazu gibt es mehrere Presseberichte (<https://www.proasyl.de/news/tod-in-der-jva-landshut-starb-muslim-hdurch-exzessive-polizeigewalt>).
- der Tod durch Verbrennung von Oury Jalloh 2005 in einer Polizeizelle in Dessau ist immer noch ungeklärt. Experten halten Mord für denkbar.
- racial profiling oder abwertende Ausdrücke wie „Nafri“ zeigen herrschende Rassismusprobleme im Polizeiapparat.
- bei der Grenzabwehr ist die Polizei zusammen mit anderen verantwortlich für den Tod von tausenden Flüchtlingen.
- gegen den Bayerischen Refugee Protestmarsch 2013 ist die Polizei unter dem Vorwand von Personenkontrollen wegen Residenzpflichtverletzung wiederholt unverhältnismäßig gewaltsam vorgegangen.
- bei vielen Demonstrationen von verstärkt linken Gruppierungen tritt die Polizei sehr martialisch auf und provoziert durch Übergriffe gegen Demonstrationsteilnehmer*innen , z.B. bei der diesjährigen SIKO München, bei anderen Gelegenheiten gar mit Wasserwerfer, Einkesselung und Festnahmen. Im Gegensatz dazu stellt sie sich auf dem rechten Auge blind (bspw. NSU Terror), was besonders vor dem aktuellen Rechtsruck der Gesellschaft als sehr bedenklich einzustufen ist.

Vor zwei Wochen fand unter dem Namen „Getex“ eine große gemeinsame „Antiterror“-Großübung von Polizei und Bundeswehr statt. Ziel war die weitere Vermischung und Annäherung der Aufgaben- und Einsatzgebiete von Polizei, Bundeswehr und Geheimdienste. Deren strikte Trennung sollte eigentlich eine Lehre aus der Nazizeit sein.

Unter anderem aus den oben genannten Gründen sind wir der Meinung , dass Vertreter solcher „Repressionsorgane“ - dazu gehört auch die Gewerkschaft der Polizei, auch wenn es eine Arbeitnehmer*innenvertretung ist - auf der 1. Mai Demonstration nicht reden sollten. Dies sendet, insbesondere vor aktuellen politischen Lage, ein fatales Signal an alle aus, die für unseren Rechtsstaat demonstrieren und kämpfen.

kollegiale Grüße

Gotthold Streitberger, im Namen der BI Asyl